

Am Mittwoch, dem sowjetischen Siegestag, zog durch Donezk eine der größten Demonstrationen der jüngeren Geschichte. Nach offiziellen Angaben waren es gut 70.000 Teilnehmer, die als »Unsterbliches Regiment« mit Porträts gefallener Angehöriger marschierten – rund zehn Prozent der Bevölkerung, die der Stadt nach Krieg und Flucht eines Teils seiner Bewohner noch verblieben ist. Das ist ein höherer Anteil als in Moskau. Eine andere Nuance: Während in Russland die Ehrung aktuell, etwa in Syrien, gefallener Soldaten vermieden wurde, wurden in Donezk auch die Porträts von Kämpfern der Volkswehren aus den Jahren 2014 und 2015 durch die Straßen getragen. Im Donbass ist der Krieg nicht Geschichte, sondern Randbedingung des Alltags.

Gleichzeitig hält der sporadische, aber regelmäßige Beschuss frontnaher Ortschaften durch die ukrainische Armee an. Dass hier zwei Wohnhäuser zerstört wurden, dort eine Rentnerin Verletzungen davontrug, sind Meldungen, die zur Routine geworden sind. Obwohl sie angeblich den Befehl erhielten, auf Provokationen nicht zu reagieren, schießen die Soldaten der international nicht anerkannten Volksrepubliken doch regelmäßig zurück, und die ukrainischen Truppen erleiden immer wieder Verluste. Dass diese von der Ukraine gegnerischen Angriffen zugeschrieben werden, während die Volksrepubliken auf die Disziplinlosigkeit und den gegenseitigen Beschuss ukrainischer Einheiten verweisen, entspricht den jeweiligen Hauptlinien der Propaganda. Im großen und ganzen sind die Auseinandersetzungen im Stellungskrieg festgefahren. Eine Fotoreportage des russischen Portals *EA Daily* berichtete kürzlich aus dem im letzten Winter heftig umkämpften Industrieviertel von Awdejewka (ukrainisch: Awdijiwka) nördlich von Donezk. Die Bilder ähnelten historischen Aufnahmen aus dem Ersten Weltkrieg: Schützengräben mit Matsch und knietiefem Wasser, aus Holz gezimmerte Unterstände, die Rauchzüge der Kochstellen getarnt. Scharfschützengewehre sind – auf beiden Seiten – derzeit eine der aktivsten Waffengattungen. Wer den Kopf zu hoch über die Grabenkante hebt, riskiert sein Leben.

So wie er gegenwärtig verläuft, ist der Konflikt für keine der beiden Seiten politisch produktiv. Die kleinere Volksrepublik Lugansk ist seit dem Miniputsch im Winter, als Republikchef Igor Plotnizki mit russischer und Donezker



Krieg als Randbedingung des Alltags: Ein Soldat der Streitkräfte der Volksrepublik Donezk mit Kindern (Donezk, 31. März 2018)

Weder Krieg noch Frieden

Zu den Volksrepubliken im Donbass vier Jahre nach ihrer Gründung.

Von Reinhard Lauterbach

Unterstützung entmachtete wurde, praktisch aus den Medien verschwunden. Russland und Donezk warnen immer wieder vor der Gefahr einer ukrainischen Großoffensive. Das Problem ist nur, dass bislang alle Termine, zu denen diese Kiewer Offensive erwartet wurde, verstrichen, ohne dass etwas passiert wäre. Aktuell heißt es, die Ukraine könne die Fußballweltmeisterschaft, die auch im nur wenige Kilometer von der Grenze entfernten Rostow ausgetragen wird, zum Anlass für einen Angriff nehmen.

Zudem heißt es, die ukrainische Armee vermehre entgegen den Minsker

Waffenstillstandsvereinbarungen ihre schweren Waffen im Hinterland der Front. Donezker Medien veröffentlichten von dort oft Drohnen- oder Amateurfotos von ukrainischen Militärzügen auf Güterbahnhöfen. Nicht immer zeigen die Aufnahmen allerdings, was sie zeigen sollen. Im Winter war die Aufnahme einer ukrainischen Stellung inmitten grüner Obstbäume als aktuell präsentiert worden. Tatsache ist, dass die USA der ukrainischen Armee 208 Antipanzerraketen des Typs »Javelin« liefern. Das war seit längerem erwartet worden und hat Washington Anfang des Monats

auch offiziell bestätigt, nicht ohne zu behaupten, diese Waffen seien defensiv und dienen nur dazu, Panzer des Gegners abzuschießen, nicht um selbst anzugreifen. Dies würde einen Übergang der Volksrepubliken zum Bewegungskrieg voraussetzen, das wiederum einen ukrainischen Angriff.

Russland ist an einer militärischen Eskalation im Donbass weniger interessiert denn je. In russischen Kommentaren überwiegt gegenwärtig die Einschätzung, alle Optionen seien schlecht: Ein direktes militärisches Eingreifen berge die Gefahr weiterer Sanktionen, weitere Zugeständnisse könne sich Moskau aber auch nicht leisten. Dass in dieser Situation die russisch-amerikanischen Gespräche über die Konditionen für die Stationierung einer eventuellen »Blauhelm-Truppe« für das Donbass festgefahren sind, ist kein Wunder. Im Kern wird darüber gestritten, zu welchen politischen Konzessionen gegenüber dem Donbass Kiew doch noch gezwungen werden kann. Die USA stärken ukrainischem Maximalismus den Rücken. Ihr Unterhändler Kurt Volker erklärte, die Volksrepubliken passten nicht in die ukrainische Staatsordnung und müssten als Vorbedingung verschwinden. Die Frage ist, ob Russland sie irgendwann aufgibt oder aufgeben muss.

Hintergrund Politischer Tauschwert

Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk befinden sich auf dem Gebiet der ukrainischen Verwaltungsgebiete (Oblasti) Donezk und Lugansk, umfassen jedoch nur etwa zwei Drittel von deren Gesamtfläche. Die Bevölkerung der Region lag vor dem Krieg bei gut sechs Millionen Menschen und ist durch Flucht und Migration inzwischen auf etwa vier Millionen gesunken. Die Republiken wurden am 12. Mai 2014 offiziell ausgerufen, nachdem Referenden am Vortag 89 (Donezk) bzw. 96 Prozent Ja-Stimmen für eine solche Gründung erbracht hatten. Weder diese Referenden noch die Republiken selbst sind international anerkannt. Auch Russland hat bisher jeden Schritt in diese Richtung vermieden. Ein Beitritt zur Russischen Föderation ist derzeit von russischer Seite offenbar nicht geplant.

Der Grund dafür liegt in einem aus russischer Sicht prinzipiellen Unterschied zwischen den Volksrepubliken und der Krim. An der Krim interessierte Russland gewissermaßen der Gebrauchswert: Die geographische Lage in der Mitte des Schwarzen Meeres und die Möglichkeit, von den dortigen russischen Stützpunkten aus das Gewässer zu kontrollieren und die eigene Küste zu schützen. Für diesen strategischen Vorteil nahm Russland 2014 den politischen Nachteil in Kauf, die am stärksten prussische Region der Ukraine aus deren innenpolitischem Kräfteverhältnis zu entfernen. An den Republiken des Donbass dagegen interessieren Russland weder Wirtschaft noch Rohstoffe. Sie haben nichts, was Russland nicht auch hätte. Die Republiken waren als politischer Tauschwert interessant: als Möglichkeit, Bedingungen für ihre Reintegration in die Ukraine stellen zu können und damit deren Entwicklung zu beeinflussen. Diese Kalkulation ist bisher nicht aufgegangen. (f)

Aufstand und Geopolitik

Die zwei Wurzeln der Volksrepubliken des Donbass

Mit dem Euromaidan setzte sich Anfang 2014 in der Ukraine geopolitisch eine prowestliche Option durch. Innenpolitisch handelte es sich um einen Sieg des rechten und liberalen Lagers über die paternalistisch-sozialdemokratische »Partei der Regionen«. Es stimmt zwar, dass diese Partei ein Projekt des Oligarchen Rinat Achmetow war und Expräsident Wiktor Janukowitsch dessen politischer Statthalter. Aber hinsichtlich der oligarchischen Verbindungen unterschied sie sich nicht von ihren politischen Gegnern, und sie erklärten auch nicht, warum diese Partei im Süden und Osten der Ukraine festen Rückhalt besaß. Der Grund hierfür ist, dass die »Regionale« in den Industriegebieten der Ostukraine für die erforderliche soziale Infrastruktur sorgten und so in einer Weise auch lebenswichtig mit den Regionen zusammenwuchsen wie einst die SPD und das Ruhrgebiet.

Dieser stark milieugeprägte Zusammenhang zerbrach, als die Partei der Regionen gestürzt wurde, anschließend zerfiel und Janukowitsch nach Russland floh. Das Patronageverhältnis löste sich auf, die Partei hatte nichts mehr zu verteilen und konnte mit nichts mehr drohen. In dieser Situation erinnerte sich die proletarische und kleinstädtische Bevölkerung des Donbass, dass die Partei der Regionen eben auch die Partei der lokalen Bosse war. Die Bewohner des Donbass wussten, dass sie von den neuen Machthabern in Kiew nichts Gutes zu erwarten hatten. Ihre Reaktion auf den Machtwechsel in der Hauptstadt verlief zunächst spiegelbildlich. Die Rechten stürmten in der Westukraine Kasernen und Verwaltungsgebäude und ernannten ihre Leute zu Gouverneuren. Das machten auch die Menschen im Donbass: Sie wählten »Volksbürgermeister« und »Volks-gouverneure«. Ursprünglich verlangten

sie nicht mehr als ein Mitspracherecht bei dem Richtungswechsel, den Kiew der ganzen Ukraine aufzwang. Zudem wollten sie eine Garantie für die lebensweltlichen Zugeständnisse, die Janukowitsch der russischsprachigen Bevölkerung der Ost- und Südrukraine gemacht hatte.

Innerhalb weniger Wochen radikalisierten sich die Forderungen. Zunächst ging es um eine »Föderalisierung der Ukraine«, das heißt die Einflussmöglichkeiten der Kiewer Zentrale auf das Alltagsleben des Südens und Ostens sollten reduziert werden: die Unterrichtssprache in den Schulen, die Verhandlungssprache vor Gericht, nicht zuletzt auch das Recht der damals relativ wohlhabenden Industrieregionen, mehr von ihren Steuereinnahmen zu behalten. Nichts davon wollten die neuen Machthaber in Kiew akzeptieren. Als sie im April und Mai 2014 ihren Machtanspruch in der Süd- und Ost-

ukraine auch gewaltsam durchsetzten – das Massaker von Odessa ist nur das bekannteste der Blutbäder, die ukrainische Nazis damals anrichteten –, war politisch der Weg dafür gebahnt, dass sich die ost- und südrukrainischen Regionen zu »Volksrepubliken« erklärten. Zufälle und Kräfteverhältnisse sorgten dafür, dass dieser Versuch nur in den schwerindustriell geprägten Regionen Donezk und Lugansk gelang. In Charkiw, Mariupol, Odessa und Dnipropetrowsk erlitten die »föderalistischen« Kräfte militärische Niederlagen gegen Schlägertrupps und Todesschwadronen, die der Oligarch Igor Kolomojski in aller Eile aufgestellt hatte.

Der Widerstand gegen den Euromaidan im Frühjahr 2014 wurde in Russland schnell unter dem Schlagwort »russischer Frühling« vereinnahmt. Aktivisten der großrussischen Bewegung »Oplot« setzten sich an die Spitze des antioleigarchischen Aufstands und

brachen ihm die Spitze ab. Einen Sozialismus à la Donezk brauchte man in Moskau nicht. Linke Aktivisten wurden nach und nach verdrängt, teilweise auch ermordet. Die in die Unabhängigkeit gestolperten Regionen Donezk und Lugansk überlebten 2014 militärisch dank russischer Unterstützung. Auch wirtschaftlich sind sie völlig von Russland abhängig. Moskau wollte ursprünglich die »prussischen« Regionen in konstitutionell aufgewerteter Form als eine Art Bundesländer in die Ukraine reintegrieren, um den Westkurs des Landes aufzuhalten oder wenigstens zu bremsen. Aus diesem Grund ist Kiew zu keinerlei Konzessionen bereit. Und so stecken die Volksrepubliken vier Jahre nach ihrer Gründung in einer tiefen Sackgasse. Nach Russland, wie die Krim, dürfen sie nicht, aber in die Ukraine zurück will der überwiegende Teil ihrer Bewohner auch nicht.

Reinhard Lauterbach